

Tempo 80 gegen Feinstaub wirkte

Die Geschwindigkeitsreduktion auf den Autobahnen hat mehr gebracht, als Kritiker zuvor behauptet hatten. Jetzt planen die Kantone weitere Massnahmen.

Von Roger Keller

Zürich. - Tempo 80 statt 120 auf den Autobahnen habe «das Ziel erreicht», heisst es in einem gestern Mittwoch publizierten Bericht der Baudirektion. Die Massnahme habe auch Verhaltensänderungen bewirkt: 10 bis 12 Prozent liessen das Auto freiwillig stehen, viele wohl auch dank der SBB-Aktion «Einfach für retour». Unmittelbar an den Autobahnen beim Gubrist (A 1), in Thalwil (A 2) und Winterthur (A 1) sank die Feinstaubbelastung 5 bis 13 Prozent – stärker als an Vergleichsorten abseits der Autobahn. In den übrigen zehn Kantonen mit Tempo 80 lauteten die Zahlen ähnlich. Der Bericht vergleicht Sonntag und

Montag, 5./6. Februar, mit den gleichen Tagen in der Vorwoche, also zwei der vier Tage mit Tempo 80. «Mich hat überrascht, wie viele Leute ihr Auto stehen gelassen haben», sagte Hansjörg Sommer von der Lufthygienestelle der Baudirektion, «aber nicht überrascht hat mich, dass die Massnahme einen Effekt hatte.» Er widerspricht damit jenen Kritikern, die Tempo 80 jede Wirkung abgesprochen hatten.

Weniger verlässlich lässt sich sagen, worauf die Reduktion der Feinstaubfracht exakt zurückzuführen war. Das geringere Verkehrsaufkommen spielte eine wichtige Rolle, aber nicht die einzige. Hinzu kamen geringere Emissionen aus den Auspuffen und aus dem Abrieb sowie eine kleinere Aufwirbelung. Wie stark auch Siedlungen abseits der Autobahnen profitiert haben, ist ebenfalls ungewiss. Doch Sommer ist sicher, dass Tempo 80 auch dort eine Wirkung hatte, weil es an diesen vier Tagen weniger Start- und Zielverkehr gab. Tempo 80 wurde laut Polizei zudem «sehr gut eingehalten» und führte zu einem flüssigeren, homogeneren Verkehr.

Für Sommer ist klar, dass eine solche Sofortmassnahme nicht reicht und nicht beliebig häufig mit dem gleichen Erfolg wiederholt werden kann. Laut Baudirektion muss nun der Bundesrat den Aktionsplan von Moritz Leuenberger (Filterpflicht für Dieselfahrzeuge, Vorschriften für Holzheizungen) «rasch und lückenlos in die Tat umsetzen». Die Umweltdirektoren der Kantone, darunter Sommers Chefin, Regierungsrätin Dorothee Fierz (FDP), wollen nächste Woche zudem über ein Interventionskonzept beraten. Dieses sieht unter anderem Temporeduktionen auf Autobahnen und Einschränkungen für Zweizehler (Cheminées) bei hoher Luftbelastung wie im letzten Winter vor.

Nur mit Abgasvignette in Städte?

Beim Innerortsverkehr denkt man laut Sommer eher an temporäre Sperrzonen und an Abgasvignetten, wie sie Stuttgart und Berlin ab 2007 planen: in belasteten Zeiten dürften in diesen Zonen dann nur noch die saubersten Autos fahren. Dies

würde die Belastung senken und zum Kauf von umweltfreundlichen Autos animieren. In schwedischen Städten zum Beispiel sind nur noch Lastwagen der saubersten Kategorie zugelassen. Noch unklar ist jedoch, ob ein solches System rechtlich zulässig wäre und ob es einzelne Kantone zusammen einführen können. Weiter könnten die Städte und Kantone, wie Wien, die Strassen häufiger nass reinigen, um den Feinstaub wegzuschwemmen (was bei kalten Temperaturen allerdings schwierig ist). Oder sie könnten das in Skandinavien erprobte Kalziummagnesiumazetat als Taumittel einsetzen, mit dem der Feinstaub weniger aufgewirbelt wird als mit dem (fünffach billigeren) Streusalz.

Der medizinisch begründete Grenzwert von 50 Mikrogramm Feinstaub pro Kubikmeter Luft wurde im Januar und Februar je nach Standort an 20 bis 32 Tagen überschritten, und es kam zu rekordhohen Tagesmittelwerten (Kaserne Zürich: 198). Zulässig wäre laut Luftreinhalteverordnung nur eine Überschreitung pro Jahr (in der EU zurzeit 35, ab 2010 aber nur noch 7).

STADT ZÜRICH

Ladendieb erwischt

Ein Mann hat am frühen Dienstagabend im Lochergut an der Badenerstrasse ein Lebensmittelgeschäft überfallen. Der 40-jährige Geschädigte sprühte Pfefferspray gegen die Kassiererin und stahl rund 1000 Franken. Der Täter konnte kurz darauf festgenommen werden. (sit)

Fussgänger verletzt

Ein Fussgänger ist gestern um 7:30 Uhr auf Höhe Hohlstrasse 550 von einem Lieferwagen angefahren und verletzt worden. Der 67-jährige hatte beim Überqueren der Strasse auf der Schutzinsel angehalten. Ein stadtauswärts fahrender Pw wollte ihm den Vortritt gewähren. In diesem Moment überholte der Lieferwagen den Pw, rampte die Schutzinsel und verletzte den Mann. Er erlitt mehrere schwere Beinbrüche. (zum)

Mehr Familien

In neueren Siedlungen sind mit 50 Prozent überdurchschnittlich viele grosse Wohnungen gebaut worden. Zu diesem Resultat kommt das Präsidialdepartement, das den Mix der 64 Siedlungen untersucht hat, die zwischen 1993 und 2004 in der Stadt Zürich erstellt worden sind. Fazit: Die Legislaturziele «10 000 Wohnungen in 10 Jahren» und «Wohnen für alle» zeigen Wirkung. (jho)

Büros über Ostern zu

Die Büros der Stadtverwaltung bleiben ab heute Gründonnerstag, 13. Uhr, bis und mit Ostermontag geschlossen. Der Bestattungsdienst im Stadthaus (Tel. 044 216 31 78) ist für Anmeldungen von Todesfällen am Karfreitag und am Ostermontag von 8.30 bis 11.30 Uhr geöffnet. (mth)

Doppeltes Ja der FDP

Die FDP empfiehlt, am 21. Mai zweimal Ja einzulegen. Das betrifft den Wohnbaukredit von 20 Millionen Franken für die Wohnbauaktion 2005 sowie die 60 Millionen Franken für die Erhöhung des Kapitals der Stiftung Alterswohnungen. (ese)

WINTERTHUR

Bilder auf Reisen

Eines der berühmtesten Bilder in Winterthur, Caspar David Friedrichs «Kreidelfelsen auf Rügen», geht auf Reisen. Von Anfang Mai bis Anfang September ist es im Museum Folkwang in Essen ausgestellt, von Anfang Oktober bis Ende Januar 2007 dann in der Kunsthalle Hamburg. Im Gegenzug zieht Edouard Manets Bild «Nana» für einige Monate von Hamburg nach Winterthur, teilt der Stiftungsrat des Museums Oskar Reinhart am Stadtpark, mit. Es wird ab 6. Mai im Winterthurer Museum zu sehen sein. (hgi)

Stahl für Wegmüller

Die SVP der Stadt sucht schon wieder einen Präsidenten. Hanspeter Wegmüller, seit acht Monaten im Amt, trete sofort zurück, meldete die Partei gestern Mittwoch. Nationalrat Jürg Stahl übernimmt interimistisch die Leitung der Partei. Wegmüller trete wegen zu grosser beruflicher, ehrenamtlicher und politischer Belastung zurück, schreibt die Partei. Wegmüller selber gibt auch teils mangelnde Unterstützung in der Partei als Grund für den Abgang an. (hgi)

Leutschenpark kommt vors Volk

Zürich. - Knapp 20 Millionen Franken kostet der geplante Leutschenpark im Entwicklungsgebiet Leutschenbach im Quartier Seebach. Gestern Mittwoch hat der Stadtrat den Objektkredit von 20,887 Millionen Franken zuhanden des Gemeinderates verabschiedet. Das letzte Wort werden die Stimmberechtigten haben.

Das war ursprünglich nicht vorgesehen. Denn ziemlich genau vor einem Jahr hatte der Stadtrat schon einmal einen Kredit für den Leutschenpark beantragt: 19 620 505 Franken, nur wenig unter den 20 Millionen, für die eine Volksabstimmung nötig wird. Doch die vorbereitende Kommission des Gemeinderates kritisierte, dass das eine der beiden städtischen Grundstücke, die es für den Park braucht, mit einem Quadratmeterpreis aus dem Jahr 1986 bewertet worden war – 602 Franken, während für das Grundstück daneben ein Preis von 1990 Franken galt (Stand 2002). Darauf zog der Stadtrat den Antrag zurück.

Der Bau kostet 13 Millionen

Im neuen Antrag ist der Verkehrswert der beiden Grundstücke mit rund 22 Millionen Franken eingesetzt, 10 Millionen mehr als beim ersten Versuch. Dass sich die Stadt überhaupt das Land selber abkaufen muss, hat mit dem Übertrag der Grundstücke vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen zu tun. Die eigentlichen Baukosten betragen 13 Millionen Franken, woran sich ein Nachbar mit 5 Millionen beteiligt, damit er die Freifläche von seinem Grundstück auf den Park übertragen kann. Der 15 000 Quadratmeter grosse Leutschenpark zwischen Thurgauer- und Leutschenbachstrasse soll einst das grüne Zentrum von Leutschenbach werden, wo 17 000 neue Arbeitsplätze entstehen und Wohnraum für bis zu 2000 Personen. (jr)

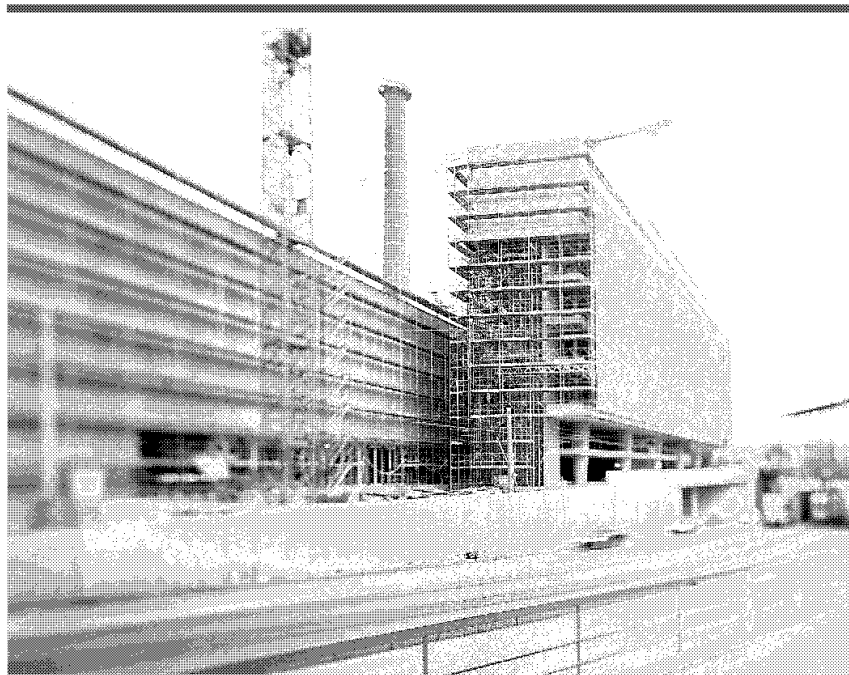


BILD DIETER SEGER

SCHAUFENSTER IM APRIL

Zürich baut sich schön (II)

Fokus Baustelle: 47° 21' 32" Nord und 8° 31' 17" Ost, Sihlcity in Zürich-Süd mit dem Fabrikamin als Wahrzeichen. Wo heute Gerüste klettern und Kräne tanzen, gehen in einem Jahr die Tore auf zur neuen Erlebniswelt. (kat)

«Je mehr Casinos, desto mehr Spielsüchtige»

Die Stadt Zürich will ein Casino, der Kanton Lotterietautomaten. Das Geschäft mit dem Glücksspiel bringt viel Geld – auch dem Staat. Auf Kosten der Spielsüchtigen, sagen Suchtexperten.

Von Ralf Kaminski

Zürich. - Gleich zwei positive Signale inwert zwei Wochen haben die Glücksspielbranche aus dem Kanton Zürich erreicht: Der Kantonsrat hat Ende März eine Einzelinitiative abgelehnt, die alle Lotteriespiele auf elektronischen Spieloberflächen verbieten wollte, und der Zürcher Stadtrat unterstützt Pläne, in der alten Borse ab Sommer 2008 ein Spielcasino zu betreiben (TA vom Dienstag). Spielsuchtexperten haben beide Signale besorgt zur Kenntnis genommen. «Je mehr Casinos, desto mehr Spielsüchtige, das ist nachgewiesen», sagt Corinne Schlösser, Oberärztin an der psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK). «Es ist wie mit jeder anderen Sucht: Je einfacher das Suchtmittel ist zu beschaffen ist, desto grösser ist die Zahl der Abhängigen.» Schlösser leitet ein stationäres Angebot

für Spielsüchtige an der PUK, das derzeit allerdings auf Eis liegt – mangels Patienten. Die PUK steht vor der Frage, ob sie das Projekt definitiv einstellen oder abwarten soll, zu was die neuesten Entwicklungen im Kanton führen. «Wo es Spielcasinos gibt, gibts Spielsüchtige», sagt Paul Hoff, Chefarzt und stellvertretender klinischer Direktor der Klinik für soziale Psychiatrie der PUK. «Der Bedarf an unserem Angebot würde steigen, diese Prognose kann man wagen.» Folgen der Spielsucht sind die finanzielle und persönliche Verwahrlosung bis hin zur Kriminalität; Umfeld und Familie werden belogen, um das Ausmass des Spiels zu vertuschen – nicht selten ist Suizid der letzte Ausweg.

Der grösste Teil der Casinoeinnahmen komme von den Spielsüchtigen, sagt Mario Gmür, Psychiater und Initiator der Einzelinitiative, die der Kantonsrat Ende März abgelehnt hat. «Das Geld stammt vor allem aus Spielautomaten, nur 20 Prozent werden durch Roulette oder Poker erwirtschaftet.» 2005 haben die 19 Schweizer Casinos ihren Umsatz um 14 Prozent auf 874 Millionen Franken erhöht; davon gehen 275 Millionen in den Ausgleichsfonds der AHV und 71 Millionen an die Standortkantone. Das ist für Ambros Uchtenhagen vom Institut für Sucht- und Gesundheits-

forschung an der Uni Zürich auch der Grund für das wieder erwachte Interesse am Glücksspiel im Kanton Zürich. «Es sehen alle, dass damit viel Geld zu verdienen ist – wer die Rechnung bezahlt, interessiert die Politiker sehr viel weniger.»

«Rücksichtslose Ausbeutung»

Uchtenhagen vermisst, dass es noch immer keine aussagekräftigen Studien über die Auswirkungen des Casinoetriebs gibt. «Daten etwa über die Folgen der Spielsucht für Familien und Sozialämter sowie auf Konkurrenz und Suizidraten.» Im Jahr 2004 hat das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien eine Untersuchung präsentiert, die es im Auftrag der Eidgenössischen Spielbankenkommission und des Bundesamts für Justiz gemacht hat. Danach haben in der Schweiz 35 500 bis 48 000 Personen ein Glücksspielproblem. Eine ältere Studie kam zum Schluss, dass es 40 000 Spielsüchtige gibt und weitere 100 000 Spielsuchgefährdete. Andere Experten gehen davon aus, dass 0,8 bis 3 Prozent der Bevölkerung betroffen sind; das wären mindestens 70 000 Personen.

Andreas Canziani, Psychiater und Suchtexperte, rät dazu, alle diese Zahlen mit Vorzicht zu geniessen. Klar sei nur,

dass derzeit landesweit 13 000 Personen von den Casinos mit einer Spielsperre belegt seien. «Und 200 bis 600 Personen melden sich jedes Jahr wegen Glücksspielproblemen bei Beratungsstellen.» Er habe bei der Eröffnung der Casinos im Jahr 2002 mit einem dramatischeren Anstieg der Spielsuchfälle gerechnet, sagt Canziani. Ihn beunruhigen heute vor allem die Lotterietautomaten, über deren Einsatz allerdings erst noch die Spielbankenkommission entscheiden muss. Canziani fürchtet, dass eine grossflächige Verbreitung den vorsichtigen Dialog untergraben könnte, der derzeit zwischen den Spielbanken und den Suchtexperten existiert. «Es kann gut sein, dass die Casinos kein Interesse mehr haben, einen Beitrag zur Verminderung des sozialen Schadens zu leisten, wenn rundum die Automatenkonkurrenz wieder im Einsatz ist.»

Am deutlichsten äussert sich Mario Gmür zur Glücksspielpolitik: «Es ist ein Trauerspiel, eine rücksichtslose Ausbeutung der Spielsucht durch die Politiker.» Dies sei besonders im Kanton Zürich bedenklich, weil das Volk in den 90er-Jahren dreimal ein Verbot von Geldspielautomaten unterstützt habe. «Wohlgehemt gegen die Parolen im Regierungs- und Kantonsrat.»

REKLAME P29/1-1

Eau de PORTUGAL



für die tägliche Haarpflege

In Ihrer Apotheke u. Drogerie

P29/1-1